Landtagsdirektion
Eingelangt am
26. SEP. 2018
271/18

SPÖ

ANTRAG

des SPÖ Landtagsklubs (Erstantragsteller LAbg. Philip Wohlgemuth) betreffend

Flächendeckende LKW-Maut auf Landes- und Gemeindestraßen

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für die Einführung einer flächendeckenden LKW Maut auf allen österreichischen Landesstraßen und Gemeindestraßen einzusetzen. Die Maut soll für LKW ab einem Gesamtgewicht von 3,5 Tonnen gelten. Die eingenommenen Gelder sollen zu 75% für die Straßeninstandhaltung und zu 25% für den öffentlichen Verkehr zweckgewidmet werden."

Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Wohnen und Verkehr

Begründung:

Immer wieder wird die Einführung einer flächendeckenden LKW-Maut in vielen europäischen Ländern diskutiert. Alle Parteien sind sich einig: Es braucht eine Verlagerung des LKW Verkehrs von der Straße auf die Schiene. Einwendungen, wonach die Einführung einer flächendeckenden LKW-Maut auf das gesamte Straßennetz zu deutlichen Preissteigerungen für KonsumentInnen führen würde, sind längst widerlegt. Eine Studie der Arbeiterkammer Wien zeigt, dass es nur sehr geringe Auswirkungen auf die Endverbraucherpreise gibt. Die Steigerung wird mit einem Ausmaß von +0,1% und +0,2% beziffert. Auch in der Schweiz wurden die Effekte aus der Einführung der flächendeckenden Maut ausführlich evaluiert: Die Effekte auf die Konsumentenpreise wurden mit 0,1% quantifiziert.

Deutschland geht hier voran. Seit 1. Juli 2018 müssen LKW auf allen deutschen Bundesstraßen Maut bezahlen. Damit fallen weitere 40.000 Kilometer Straßen in das fahrleistungsabhängige Roadpricing. Der Mauttarif wird einheitlich am gesamten Straßennetz angewandt und gemäß Achslast und Abgasnorm berechnet. Die erwarteten Mehreinnahmen von rund zwei Milliarden Euro werden für die Sanierung der baufälligen Bundesstraßen ausgegeben. Außerdem wird dort ab 1. Jänner 2019 erstmals ein Mautzuschlag für Lärm eingeführt sowie ausnahmslos bei

allen LKW ein Zuschlag für Luftverschmutzung eingehoben. LKW mit elektrischem Antrieb werden dagegen völlig von der Maut befreit.

Tatsächliche Kostenwahrheit zwischen Schiene und Straße wird sich nur durch die Einführung einer flächendeckenden LKW-Maut im gesamten österreichischen Straßennetz herstellen lassen. Im Unterschied zu den LKW und Bussen, die auf dem Großteil des gesamten Straßennetzes gratis fahren, müssen die Bahnen für jeden gefahrenen Kilometer Maut, das sogenannte Infrastrukturbenützungsentgelt entrichten. Eine LKW-Mautausweitung würde deshalb nicht nur dem Verursacherprinzip Rechnung tragen, sondern sich auch positiv auf die Arbeitsplatzsituation auswirken – gerade auch in entlegenen Regionen, wenn die eingehobenen Mautgelder dort für die Straßeninstandsetzung eingesetzt werden. 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze könnten so in Österreich geschaffen werden.

Österreichs Landes- und Gemeindestraßen sind in zunehmendem Maße sanierungsbedürftig. Das liegt zum Großteil auch daran, dass der Schwerverkehr diese Straßen um Größenordnungen mehr mit Fahrbahnschäden belastet als der PKW-Verkehr. Es sollte deshalb nur logisch sein, dass die Verursacher der Straßenschäden im Sinne von Kostenwahrheit mittels LKW- und Bus-Maut einen fairen Beitrag zur Reparatur der Straßen leisten.

Die Verkehrsströme im Straßennetz werden ohne Maut-Ausweitung noch zunehmen und damit auch die Schäden durch den Schwerverkehr vermehren. Seriöse Schätzungen gehen von einem dringend nötigen und zusätzlichen Sanierungsbedarf von rund 600 Millionen Euro jährlich für die öffentlichen Haushalte aus.

Mit der Einführung einer flächendeckenden LKW Maut mit Zweckwidmung der eingenommenen Gelder könnte man den Ländern und den Gemeinden mit den Kosten für die Straßeninstandhaltung unter die Arme greifen und hätte zusätzlich Mittel für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.

Innsbruck, 24.9.2018